

St. Galler Tagblatt, 19.03.2009

FORUM

GSoA-Initiative greift Schweizer Wirtschaft an

«Wirtschaft wäre kaum betroffen», Tagblatt, 11.3.2009

Das deutliche Nein des Nationalrats zur GSoA-Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ist ein Nein gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Gefährdung unserer nationalen Sicherheit. Wie in vergangenen Abstimmungen zur Armeeabschaffung versuchen die Initianten das Volk mit der Verbreitung von Halbwahrheiten und unrealistischen Versprechen zu ködern.

Gravierende Folgen

Die Initiative trifft die Schweizer Exportwirtschaft in ihrer Gesamtheit. Die Aussage der Befürworter, «nur» gut 5000 Arbeitsplätze seien betroffen, ist schlichtweg falsch. Sie unterschlagen, dass sich diese Zahl ohne weiteres verdoppeln kann. Die Unternehmen der Schweizer Wehrtechnik-Industrie stellen nicht nur militärische Güter, sondern auch zivile Produkte her oder handeln mit diesen. Wegen des sinkenden Vertrauens der ausländischen Auftraggeber in die Liefertreue der Schweizer Firmen gingen Aufträge verloren. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit einen innovativen Wirtschaftszweig zu vernichten und die Exportwirtschaft langfristig zu schädigen, zeugt von wenig wirtschaftspolitischem Weitblick der Initianten. Der Rüstungsindustrie mit einem Exportvolumen von 720 Mio. Franken im letzten Jahr jegliche Wertschöpfung abzusprechen, wäre fatal. Die ausländische Konkurrenz oder Firmen, die ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, werden dieses Volumen kompensieren. Die Initiative löst keinen einzigen Konflikt, fügt aber der Schweizer Wirtschaft einen grossen Schaden zu.

Wahrung der Souveränität

Die Initiative sieht eine 10jährige staatliche Unterstützungspflicht der betroffenen Unternehmen vor. Die staatliche Konversionshilfe ist volkswirtschaftlich und ordnungspolitisch falsch. Damit werden staatliche Steuergelder in den Sand gesetzt. Bei Annahme der Initiative wären die Unternehmen von einem Tag auf den anderen von einem Exportverbot betroffen. Unternehmen die Produktion staatlich zu diktieren, stösst in der Realität auf Ablehnung. Mit der Konversionsbeihilfe aus Steuergeldern betreiben die Befürworter einzig Augenwischerei.

Die Konsequenz einer Annahme der Initiative wäre eine mit unserer Sicherheitspolitik nicht zu vereinbarende totale Auslandabhängigkeit. Denn ohne Exportfähigkeit keine Schweizer Wehrindustrie, ohne eigene Schweizer Wehrtechnik-Basis kein glaubwürdiger Aufwuchs. Der Souverän hat seinen Willen

zu einer eigenständigen, auf Bündnisfreiheit und Milizarmee basierenden Sicherheitspolitik in allen Abstimmungen seit 1989 klar bestätigt. Auch diese Initiative ist «alter Wein in neuen Schläuchen». Ein Rüstungsexportverbot wurde letztmals 1997 mit 77,5 Prozent der Stimmen von Volk und Ständen abgelehnt. Die Wahrung der Souveränität des Landes bedingt eine wehrfähige Armee. Fehlt die Fähigkeit, die Ausrüstung der Armee bei Verschärfung der Sicherheitslage zumindest teilweise aus eigener Kraft sicherzustellen, so kollabiert das ganze Aufwuchskonzept. Die Auswirkungen der GSoA-Exportverbots-Initiative sind für unsere Sicherheitspolitik und den Wirtschaftsstandort beträchtlich. Es wäre verantwortungslos, Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel zu setzen. Darum ist die Exportverbots-Initiative der GSoA abzulehnen.

Jakob Büchler

CVP-Nationalrat, Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats und Mitglied des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw), Schänis